

„Unfreundliche Mitarbeiter?!“?

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil hat die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst - insbesondere in den Arbeitsagenturen - zu einem freundlicheren Umgang mit den Bürgern aufgefordert. *«Ich nehme wahr, dass Menschen punktuell eine herablassende Behandlung in Jobcentern erfahren»*, sagte Weil gegenüber der Presse. Ein menschliches und freundliches Auftreten der Verwaltung sei aber gerade jetzt wichtig, um verlorenes Vertrauen in den Staat und dessen Behörden zurückzugewinnen.

Diese Aussagen des Ministerpräsidenten bedürfen einer Klarstellung. Seit längerem weist die vbba darauf hin, dass die Kolleginnen und Kollegen immer mehr vielfältiger Form von Gewalt ausgesetzt sind. Beleidigungen, Cybermobbing bis hin zu physischer Gewalt - die Forderung nach mehr Schutz der Beschäftigten wird immer lauter. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Äußerungen des Herrn Weil verantwortungslos, da sie suggerieren, die Beschäftigten würden durch Unfreundlichkeit ihren Teil dazu beitragen.

Ganz im Gegenteil sollte gewürdigt werden, dass es die Arbeitsagenturen und Jobcenter waren und sind, die unter schwierigsten Voraussetzungen einen großen Beitrag geleistet haben, die Flüchtlingskrise zu meistern. Mit notdürftig aufgestockter Personalausstattung, nicht ausreichender Qualifizierung hinsichtlich kultureller Kompetenzen, stattdessen aber mit viel Einsatz und Engagement leisten die Kolleginnen und Kollegen ihren Beitrag.

Das angesprochene verlorene Vertrauen in den Staat und dessen Behörden liegt zum einen sicherlich nicht in der Verantwortung der Beschäftigten der Arbeitsverwaltung und zum anderen ist es der öffentliche Dienst mit seinen Behörden, der sehr wohl funktioniert und ein fehlendes Vertrauen sich auch in den Kundenbefragungen nicht widerspiegelt.

Wir fordern Herrn Weil auf,

- sich ohne Wenn und Aber hinter die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu stellen,
- die immensen sprachlichen und kulturellen Herausforderungen, insbesondere der Kolleginnen und Kollegen in den Jobcentern und Arbeitsagenturen zu würdigen,
- punktuelle Defizite intern im Dialog mit den jeweiligen Behördenleitern anzusprechen und aufzuarbeiten,
- mitzuwirken bei tatsächlichen Gesetzeserleichterungen im Interesse der Beschäftigten und Bürgerinnen und Bürger.